

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 15. bis 31. Oktober 1927 bei täglich amtlicher Auflistung drei Haus 1.50 Mk. Halbesondorfer für Montag Oktober 3 Mark ohne Veranlassungsgebühr. Einzelnummer 10 Groschen.

Unzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 10 Pfg. für auswärts 15 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg. außerhalb 20 Pfg. die 20 mm breite Reklameweile 30 Pfg. außerhalb 40 Pfg. Offertenabdrücke 20 Pfg. Zusam. Aufträge gegen Vorabzahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Viehig & Reichardt in Dresden
Schlesien-Rente 1000 Dresden

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnnummer: 22 241
Nur für Nachmittags: 20 011

Abdruck aus mit deutscher Quellennachricht. Dresdener Nachrichten sind für amerikanische Schriftstühle werden sich aufbewahrt.

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstspielplano
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen Martin-Bautzen Seminar-

Eiserne Ofen aller Systeme
Vor Einkauf eines Ofens empfiehlt es die Beschäftigung eines
Ausschusses, der Reichhaltigkeit in Preis und Auswahl, Fach-
sachliche Beratung u. Deservatleistungen bewährter Fabrikate
Florian Czockerts Nachf. Ferdinand Wiesner
Tel. 25 401 11 Dresden-A., Töpferstr. 9 15 11 Tel. 25 401

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Noch keine Einigung im Bergarbeiterstreik.

Bergeblische zwölfstündige Verhandlungen. — In Erwartung eines verbindlichen Schiedsspruchs. Rückfall Lloyd Georges in seine Kriegspropaganda. — Widerstände gegen die Besoldungsreform. — Neuer Vorstoß Preußens

Um 11 Uhr abends auf Freitag verlag.

Berlin, 20. Okt. Die Schlichtungsverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der vom Streik betroffenen Braunkohlengruben, die nach einer kurzen Unterbrechung heute abend 7,30 Uhr im Reichsarbeitsministerium wieder aufgenommen worden waren, wurden um 11 Uhr unterbrochen und auf morgen nachmittags 1 Uhr vertagt. Bei den Verhandlungen war eine Verständigung über die wichtigste Frage, nämlich über die Erhöhung der Schichtlöhne, nicht zu erzielen. Beide Parteien haben an ihrem Standpunkt festgehalten, und selbst in den Nebenfragen ist die Annäherung der Parteien keineswegs so weit erfolgt, daß der Schlichter einen Spruch hätte fällen können. Freitag vormittag werden Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter vor der Sitzung noch einmal getrennt Stellung nehmen, um zu versuchen, die großen Schwierigkeiten zu überbrücken.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen wird im einzelnen berichtet:
Berlin, 20. Okt. Wie schon gemeldet, beanennen heute vormittag 11 Uhr in Berlin die Verhandlungen zur Schlichtung des Streiks im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

In den Schlichtungsverhandlungen machte der Schlichter, Prof. Dr. Brahn, zunächst den Versuch, die Parteien selbst zu einer Verständigung zu bewegen. Beide Parteien waren zu den Verhandlungen in erheblicher Stärke erschienen, und Bergarbeiterführer Gumbrecht vom Arbeitgeberverband für den Bergbau steht gewissermaßen als Führer dem Vertreter der Bergarbeiterverbände, dem Gewerkschaftsführer Schmidt gegenüber. In den Nebenfragen waren die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium noch nicht beendet. Von Arbeitnehmerseite wurde im Verlauf der Verhandlungen erklärt, daß man an einer Einigung bereit sei, aber nur unter folgenden Voraussetzungen:
1. Wiedereinstellung aller im Streik befindlichen Bergarbeiter.

2. Erhöhung der Löhne um 80 Pfa., was ungefähr eine Lohnerhöhung von 16 v. H. bedeutet.

Da eine Vereinbarung auf dieser Basis nicht zustande kam, wird im Reichsarbeitsministerium über die Möglichkeit eines Schiedsspruchs beraten, wobei man in den Kreisen der Beteiligten bald von einem Schiedsspruch mit einer Lohnerhöhung von 8 v. H., bald von einem Schiedsspruch mit einer Lohnerhöhung von 12 v. H. spricht. Auf der Arbeitgeberseite weist man darauf hin, daß bei einer Lohnerhöhung in diesem Ausmaße mehrere Werke stillgelegt werden müßten, zumal der Reichswirtschaftsminister mitteilt hat, daß auch nach einer Lohnerhöhung eine Erhöhung der Braunkohlenpreise nicht in Betracht komme.

Die Einigungsverhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hatten kein Ergebnis. Darauf war durch den Vorsitzenden, Prof. Brahn, eine Schlichterkammer gebildet worden, die um 3 Uhr zusammentrat und über einige Nebenfragen (Zurücknahme der Kontraktbruchstrafe seitens der Unternehmer und Zurücknahme der Kündigungen seitens der Arbeiter) arbeitsrechtliche Einigung herbeiführte. Ueber die Frage der Lohnerhöhung dagegen war es zu keiner Einigung gekommen. Die Parteien berieten dann wieder getrennt, die Arbeitnehmer im Reichsarbeitsministerium und die Arbeitgeber im Braunkohlenbergbau. Die gemeinsamen Verhandlungen wurden gegen 7,30 Uhr wieder aufgenommen, brachten jedoch heute noch kein Ergebnis.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Frage, ob die Fällung eines Schiedsspruchs von den Bergarbeitern angenommen werden wird und ob die Grubenarbeiter den Entscheidungen der gewerkschaftlichen Führer sich fügen werden oder nicht. Eine Urabstimmung der Arbeiterseite in den Braunkohlenrevieren, die britisch zum Teil sehr weit voneinander entfernt liegen, würde einen Zeitverlust bedeuten, der für die Ausfällung ebenso wie für die Wirtschaft erheblich ins Gewicht fallen würde. Aus diesem Grunde wird der Schiedsspruch, der zu erwarten ist, am Sonnabend nachmittags der in Halle zusammentretenden Revierkonferenz, das heißt den Vertretern aller am Streik beteiligten Belegschaften zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Streikfieber und Steuerungsangst.

Wir hatten es uns im Laufe der letzten Jahre abgewöhnt, an größere Arbeitskämpfe zu glauben. Die verhältnismäßige Ruhe, deren wir uns erfreuten, war aber nicht das Ergebnis harmonisch wunschloser Zustände auf der Kapital- und auf der Arbeitseite, sondern die Auswirkung des staatlichen Schlichtungswesens, das mit dem Mittel der Verbindlichkeitsklärung gefällter Schiedssprüche größere Lohnkämpfe verhindert hat. Wenn dieses System einmal ausgediebt oder verlagte, wie eben jetzt, so müßten die Gegensätze mit vermehrter Kraft aufeinanderprallen. Der große Konflikt im Mitteldeutschland traf deshalb die Öffentlichkeit überraschend, und es fiel ihr schmerzhaft schwer, eine Stellungnahme zu finden.

Und in der Tat ist eine Urteilsbildung der Allgemeinheit, deren Sympathien für den Streikausgang bekanntlich von großer Bedeutung sind, in diesem Falle besonders schwierig, weil hier einmal beide Parteien von ihrem Standpunkt aus recht haben. Daß die Lohnforderungen der Bergarbeiter, wenn auch vielleicht nicht der Höhe nach, so doch im Grunde berechtigt sind, wird auch von Unternehmer- und Regierungsseite nicht bestritten. Nachdem sich aus dem gegenseitigen Zahlenmaterial herausgestellt hat, daß ein Durchschnittssatz von etwa 33 Mark als Wochenlohn eines Familienvaters im Braunkohlenrevier gelten muß, wird es niemand mehr geben, der behaupten könnte, daß diese Summe unter den heutigen Verhältnissen für den auskömmlichen Lebensunterhalt ausreicht, den die Verfassung jedem Deutschen verspricht. Es würde besser um die Sache der Bergarbeiter, wenn sie bei ihrer Rechtfertigung nur diesen auslagelagenden Gesichtspunkt vorgebracht hätten, daß sie trotz ihrer schweren und gefährlichen Arbeit zu den am niedrigsten bezahlten Gewerbegruppen gehören, und daß ihr Kampf um die Angleichung an die vorausgeschrittenen Löhne anderer Industriegruppen geht. Das wäre verstanden worden und hätte nicht die instinktive Abwehr hervorgerufen, die das so oft mißbrauchte allgemeine Steuerungsargument auslösen mußte. Auf der anderen Seite scheinen auch die Arbeitgeber im Recht zu sein, wenn sie an Hand von reichem Zahlenmaterial beweisen, daß sie an der Grenze angelangt sind, wo eine weitere Lohnerhöhung nicht mehr möglich ist ohne gleichzeitige Heraufsetzung der Preise für ihr Produkt. Auch dieser Standpunkt wurde vom Arbeitsministerium praktisch wiederholt als richtig anerkannt: im vergangenen Juli bereits, als es die von den Arbeitnehmern beantragte Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruchs, der eine nur dreiprozentige Lohnerhöhung vorsah, mit Rücksicht auf die vorhergegangene Verweigerung einer Kohlenpreiserhöhung ablehnte, und jetzt wieder, indem es aus denselben Gründen überhaupt keinen Schiedsspruch fällte.

Man hat diese Haltung der Regierung und insbesondere dem Reichsarbeitsminister sehr zum Vorwurf gemacht. Von linksdemokratischer Seite wurde sogar behauptet, Dr. Brauns hätte damit seinem Kollegen Dr. Curtius vom Reichswirtschaftsministerium absichtlich ein Bein gestellt, und er hätte ihm die Bergarbeiter Mitteldeutschlands an den Hals gehängt, um das von ihm vertretene Wirtschaftsprinzip zu Fall zu bringen. Sicher ist das eine böswillige parteipolitische Unterstellung, die den Zankapfel nun auch zwischen Zentrum und Volkspartei werfen möchte, aber es bleibt doch das Wahre daran, daß der Streik einen starken politischen Hintergrund hat in den gegensätzlichen Tendenzen, die im Reichsarbeits- und im Wirtschaftsministerium vorherrschen. Auch hierwo gilt wieder, daß beide Minister von ihrem Ressortstandpunkte aus recht haben. Dr. Brauns will den Bergarbeitern die als notwendig anerkannte Lohnerhöhung gewähren, weil er in der dann unvermeidlich werdenden Preiserhöhung das kleinere Übel sieht. Dr. Curtius dagegen lehnt jede Preiserhöhung ab nach dem von ihm betonten Grundsatz, daß nur solche Lohnerhöhungen berechtigt sind, die von den Werken ohne Verteuerung der Preise durchgeführt werden können. Eine Ausnahme scheint ihm gerade bei der Kohlenindustrie gefährlich, weil eine Verteuerung dieses neben dem Eisen wichtigsten Grundstoffes sich auf die ganze Volkswirtschaft fortplante und die bereits vorhandenen Preissteigerungstendenzen überall aufstreifen müßte. Der Ausgleich zwischen diesen beiden Auffassungen ist das Grundproblem des gegenwärtigen Streiks. Er hätte aber auf andere Weise verhandelt werden müssen, denn es geht nicht an, daß wirtschaftspolitische Gegensätze auf dem Rücken der Wirtschaft ausgefochten werden.

Stillelegungen in der Zuckerindustrie.

Halle, 20. Okt. Die Lage der Zuckerraffinerien in Mitteldeutschland wird immer bedrohlicher. Nach der Deutscher Zuckerraffinerie in Halle, die heute auch die Zelter Zuckerraffinerie in Chemnitz, die Betrieb stillgelegt, ebenso die Zuckerraffinerie in Zeitz. Der Konzern Halle-Noske-Dossand arbeitet nur noch mit halber Produktion. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß es unmöglich ist, Zuckerrüben zu lagern, da sich der Zuckergehalt zerlegt. Im Bitterfelder Revier ist neuerdings auch die Delitzscher Zuckerraffinerie zum Erliegen gekommen; ebenso einige Textilfabriken im Elisenburger Gebiet.

Die Braunkohlenindustrie zur Streiklage.

Halle, 20. Okt. Der Deutsche Braunkohlenindustrieverein gibt einen Lagebericht zur Streiklage heraus, in dem es heißt: Die Auswirkungen des Streiks lassen sich nunmehr auf Grund statistischer Unterlagen genauer erfassen. Für den 17. Oktober liegen Berichte vor von Werken, deren Förderung im September im Vergleich mit dem August um 78 Prozent der Gesamtförderung dieses Monats im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ausmachte. Diese Werke erzielten am 17. Oktober, d. h. am ersten Streiktag, eine Förderung, die sich auf 44,8 Prozent der täglichen Förderung dieser Werke im Monat September belief. Diese Förderung wurde erzielt mit einer Belegschaft, die sich auf 39,9 Prozent der durchschnittlichen Belegschaft des Monats August belief. Für den 18. Oktober liegen Meldungen von Werken vor, die über eine Förderung von 63,1 Prozent der täglichen Förderung des Vormonats verfügten. Die Förderung dieser Werke am 18. Oktober, d. h. am zweiten Streiktag, belief sich wie am ersten Streiktag auf 44,8 Prozent der normalen Förderung dieser Werke im Vormonat. Durch Einrechnung der noch ausstehenden Meldungen dürften die Gesamtergebnisse kaum merklich beeinflusst werden. Diese Zahlen lassen erkennen, daß die von Gewerkschaften seit verbreiteten Ansichten über die Stilllegung der Braunkohlenwerke am Teil erheblich abzuweichen sind.

Es ist vor allen Dingen auch unzutreffend, daß auf den Braunkohlenrevieren des Penna-Wertes nur 40 Mann die von der Zentralparteileitung beschlossenen Kontraktarbeiten verrichten. Es ist vielmehr festzustellen, daß die Grube „Ella 11“ am 10. Oktober eine Förderung erzielen konnte, die über die normale Förderung hinausgeht. Die Grube „Ella 11“ erzielte die normale Förderung. Die Arbeit auf den beiden Gruben geht weiter, obwohl die Streikleitung am gestrigen

Nachmittag den Versuch machte, die Belegschaften durch Entsendung von großen Trupps Streikender zur Stilllegung zu veranlassen. Die gleichfalls zum J. G. Konzern gehörige Grube „Theodor“ im Bitterfelder Revier erzielte zwei Drittel der normalen Förderung.

Die Landespolizei im Bitterfelder Gebiet.

Das sozialdemokratische Dresdener Blatt meldet, daß von den im Bitterfelder Gebiet eingekerkerten Polizeimannschaften ein Teil wieder zurückgezogen worden sei und daß am Donnerstag der übrige Teil wieder nach Dresden zurückgezogen werde. Diese Nachricht ist nicht zutreffend. Es ist wohl richtig, daß am Mittwoch von den 200 in das Bitterfelder Gebiet entsandten Polizeimannschaften 65 wieder nach Dresden zurückgezogen worden sind, weil sich herausstellte, daß vorläufig nicht das ganze Kommando gebraucht würde. Die zurückgebliebenen 135 Mannschaften blieben bis auf weiteres dort, wo sie in den letzten Tagen eingekerkert worden sind, und zwar so lange, bis sich herausstellen wird, ob die Zahl der eingekerkerten Polizeikräfte genügt. Vor allen Dingen wird erst abzuwarten sein wie sich die Aufforderung der Streikleitung an die zur Leistung von Kontraktarbeiten in den Werken zurückgebliebenen Arbeitswilligen auswirken wird.

Grzejniski gegen den Niederlausitzer Bergbauverein.

Berlin, 20. Oktober. Der Amtl. Preuss. Pressedienst teilt mit: Der Arbeitgeberverband des Niederlausitzer Bergbauvereins, E. V. Senftenberg, verbreitet einen Offenen Brief an den preussischen Minister des Innern, Grzejniski, dessen Form und Ton eigentlich ein näheres Eingehen auf den Inhalt verbieten sollte. Bislang sind alle erforderlichen Maßnahmen von den zunächst zuständigen Organen getroffen und haben sich auch als durchaus zweckmäßig bewährt. Eine nennenswerte Störung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung ist nirgends erfolgt. Diese erfreuliche Tatsache ist nicht zuletzt auf die mütterliche Duldung der Streikenden zurückzuführen. Daß bei einer so großen, sich über ein so weites Gebiet erstreckenden Streikbewegung Zwischenfälle untergeordneter Art sich ereignen, ist eine recht beobachtete Begleiterscheinung, die an Befürwortern keinen Anlaß gibt. Wenn das Schreiben des Arbeitgeberverbandes glauben machen will, daß der Umfang der Streikbewegung durch Terrorakte beeinflusst ist, so hat er diese Behauptung durch keinerlei Tatsachen erhärtet. Der preussische Minister des Innern lehnt es ab, auf derartige Schreiben eine andere als die vorstehende Antwort zu erteilen.